

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur;
Karl Honay

Wien, am Freitag, den 22. Mai 1925. Zweite Ausgabe

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 22. Mai 1925.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 4'55 die Sitzung. Ohne Debatte wird der Antrag über die Besorgung der Geschäfte der Wiener Vieh- und Fleischmarktkasse angenommen. Dadurch wird die definitive Bestellung des aus der niederösterreichischen Bauernbank, der Zentralsparkassen der Deutschen Sparkassen und dem Kreditinstitute für öffentliche Unternehmungen und Arbeiten bestehenden Syndikats zur Besorgung der Geschäfte der Wiener Vieh- und Fleischmarktkasse genehmigt. Der Vertrag zwischen der Gemeinde Wien und dem genannten Syndikat, der die mietweise Ueberlassung von Räumlichkeiten auf dem Zentralviehmarkte und in der Kontumazanlage betrifft, wird rückwirkend vom 1. April genehmigt. Da die Anrainer des Wohnhausbaues Pragerstrasse - Koloniestrasse im XII. Bezirk ihre Einwendungen zurückgezogen hatten, wird dieser Punkt als gegenstandslos von der Tagesordnung abgesetzt.

G.R. Pokorny (soz. dem.) berichtet über die Errichtung von Benzinzapfstellen auf öffentlichen Strassenrändern der Gemeinde Wien. Nach längeren Verhandlungen hat sich eine Reihe von einheimischen Firmen bereit erklärt die Bedingungen zur Errichtung von Benzinzapfstellen an den wichtigsten Verkehrspunkten zu erfüllen. Diese Bewilligungen werden für höchstens 18 Jahre erteilt.

G.R. Paposch (chr. soz.) bemängelt, dass man das Gutachten der Kammer für Handel, Industrie und Gewerbe nicht eingeholt hat. Er fürchtet, dass eine Reihe von kleineren Gewerbetreibenden durch die Errichtung dieser Zapfstellen ausserordentlich geschädigt werden könnte. Es sei wohl zu begrüssen, dass durch die Errichtung dieser Stellen eine grössere Sicherheit gewährleistet wird, da bei dem jetzigen Betrieb der Depots die Bevölkerung ständig in grösster Gefahr schwebt. Er beantragt die Rückverweisung, ^{damit} ein Gutachten der Gewerbekammer eingeholt werden könne.

Dieser Rückverweisungsantrag wird bei der Abstimmung abgelehnt.

Im Schlusswort verweist der Berichterstatter auf die grössere Sicherheit, die durch die Errichtung dieser Stellen geboten wird und betont, dass die Bedingungen im Einvernehmen mit den Firmen festgesetzt worden sind; überdies hat der Ausschuss für Wirtschaftsangelegenheiten von Fall zu Fall Gelegenheit, Entscheidungen zu treffen.

Bei der Abstimmung wird der Referentenantrag angenommen.

Bürgermeister Seitz schliesst um 5'03 Uhr die Sitzung.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Freitag, den 22. Mai 1925

Keine Sprechstunden im Rathaus. Am Montag entfallen bei allen amführenden Stadträten im Rathaus die Sprechstunden wegen dienstlicher Verhinderung.

Besuch des Bürgermeisters im Liechtenthal. Auf Beschluss des Gemeinderates wurde im Liechtenthal in der Thury-Markt- und Fechtergasse eine aus acht Gebäuden bestehende Wohnhausgruppe angekauft. Es sind dies Häuser, die mehr als zweihundert Jahre dort stehen und längst nicht mehr für Wohnzwecke geeignet sind. Der Gemeinderat hat daher auch beschlossen, dass an Stelle dieser alten menschenunwürdigen Wohnungen ein neuer grosser Wohnhausbau der Gemeinde erstehen soll. Die Pläne wurden bereits genehmigt und in kurzer Zeit wird mit dem Bau begonnen und damit ein wichtiger Schritt zur Assanierung des Liechtenthals gemacht. Um nun vor der Demolierung dieser Häuser Gelegenheit zu geben, ein Stück Alt-Wien noch einmal zu sehen, lud Bürgermeister Seitz heute vormittags die Mitglieder des Gemeinderates zu einer solchen Besichtigung ein. Es waren Vizebürgermeister Emmerling, die amführenden Stadträte Breitner, Professor Tandler, Weber, Siegel und Richter, Landtagspräsident Dr. Danneberg, die meisten Mitglieder des Gemeinderates die Bezirksvertretung Alsergrund, viele Bezirksvorsteher und Stadtbauinspektor Ingenieur Dr. Musil mit den leitenden Beamten des Bauamtes erschienen. Die Bevölkerung hatte viele Fenster festlich mit Blumen und Fahnen geschmückt. In der Marktgasse wurden der Bürgermeister und die übrigen Besucher von Schulkinder in Wäschermädelkostüm begrüsst, worauf Bezirksvorsteher Schober namens der Bewohner des Liechtenthals dem Bürgermeister für den Besuch in herzlichen Worten dankte und um die Unterstützung bei der so notwendigen Assanierung dieses Teiles des neuen Bezirkes ersuchte.

Bürgermeister Seitz dankte herzlichst für die Begrüssung. Ganz besonders freute es ihn, dass sie durch Kinder erfolgt ist. Wenn wir das neue Wien aufbauen, so nicht für uns, sondern für unsere Kinder, die unser wertvollster Besitz sind. Das alte Wäschermädl von Thurygrund und Himmelpfort ist verschwunden. Es erscheint uns nur mehr, wie heute, im Frachtenkostüm, das uns an verschwundene Tage des fröhlichen, lebenslustigen Wien erinnert. Wir haben Sie heute eingeladen, ein Stück Alt-Wien zu schauen, bevor es dem Spaten und der Schaufel verfällt. Der Gemeinderat hat in Durchführung seines Wohnbauprogramms beschlossen, auf dem Thurygrund moderne Wohnhäuser zu errichten und es müssen daher alte Gebäude, die durch zwei Jahrhunderte vielen Generationen gedient haben, verschwinden. Das Liechtenthal und der Thury spielen in der Geschichte der Stadt Wien eine grosse Rolle. Zweimal ist dieses Ansiedlung am Alserbach von den Türken dem Erdboden gleichgemacht worden. Die Häuser, die jetzt fallen sind einige Jahrzehnte nach der zweiten Türkenbelagerung gebaut worden. Hier führte im Zuge der heutigen Liechtensteinstrasse das Thury-Brückl - ein altes Wahrzeichen der Stadt - über den damals offenen Alsbach, hier stand auch die Thurykapelle und ich selbst redele noch der Zeit, da sie einem neuen Wohnhaus weichen musste. Man macht uns alten Wienern oft den Vorwurf der Sentimentalität und ich schaue mich nicht zu sagen, dass unsere Liebe zur Heimat und zu dem hier

historisch Gewordenen uns oft weich macht. Aber wo die Notwendigkeiten der volkswirtschaftlichen oder politischen Entwicklung sprechen, wo insbesondere die Volksgesundheit und Gebote der höheren Wohnkultur nach Geltung ringen, wissen wir auch zielsicher und energisch der Zukunft ihre Rechte zu wahren.

Wenn wir zum letzten Mal die Thuryhäuser schauen und dann unseren Blick auf die neuen Wohnbauten der Gemeinde werfen, werden wir mit Stolz gewahr, wie ungeheuer die Klüft ist, die dieses alte Wien von neuen trennt, wie gross der kulturelle Fortschritt ist, den wir der Hygiene und der Technik verdanken. In Grunde genommen waren diese Wohnungen schon vor fünfzig Jahren zum Räumen reif, ja menschenunwürdig und man muss sich wundern, dass sie so lange bestehen konnten. Wenn wir jetzt seit einigen Jahren unausgesetzt der Wohnungsschande ein Ende zu bereiten suchen, müssen wir doch erkennen, dass es unmöglich ist, in fünf Jahren mit einem Schlag das zu sanieren, was jahrzehntlang vernachlässigt wurde.

Nehmen wir Abschied vom alten Thury, um hier wie überall das neue Wien aufzubauen.

Stürmischer Beifall folgte dieser Rede des Bürgermeisters. Unter Führung des Bezirksvorstehers Schober und des Gemeinderates Lehrnerhuber besichtigten nun der Bürgermeister und die zahlreich erschienenen Gemeindefunktionäre die zur Demolierung bestimmten alten Häuser in der Thurygasse 11 bis einschliesslich 17, in der Marktgasse 3 und 5 und in der Fechtergasse 10 und 12. Es sind wahre Elendwohnungen, in denen ganze Familien hausen und eine Betrachtung dieser „Wohnstätten“ rückt erst das grosse Verdienst der Stadtverwaltung, die nun hier eine grosszügige Assanierung beginnt, ins rechte Licht. Der Bürgermeister besichtigte ferner noch einige Elendwohnungen in der Salzergasse in der Wagnargasse und Badgasse, die gleichfalls infolge ihres baufälligen Zustandes reif zum Räumen sind.

Schliesslich wurde noch unter Führung des städtischen Beauftragten Stadtrates Siegel der neue prächtige von der Gemeinde im vorigen Jahre vollendete Wohnhausbau in der Rögergasse auf dem Alsergrund besichtigt, der bereits vollständig bewohnt, den Beginn der Assanierung des Liechtenthals sinnfällig zum Ausdruck brachte.

Ein Paul Hookpark in Floridsdorf. Die Gemeindeverwaltung hat, wie wir bereits berichtet haben, den ehemaligen Floridsdorfer Friedhof in eine grosse Gartenanlage umgewandelt und inmitten dieser Anlage auch das Bezirksjugendamt Floridsdorf erbaut. Auf Wunsch der Bezirksvertretung Floridsdorf hat nun der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten beschlossen, diese Gartenanlage Paul Hookpark zu benennen, weil der im Jahre 1923 verstorbene freisinnige Politiker Paul Hook als Bezirkshauptmann sehr verdienstvoll für die Entwicklung Floridsdorfs gewirkt hat.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: Dritte Ausgabe.

Karl H o n a y

Wien, Freitag, den 22. Mai 1925.

WIENER LANDTAG

Sitzung vom 22. Mai 1925.

Präsident Dr. Danneberg eröffnet um halb fünf Uhr die Sitzung. Nach einem kurzen Referat des amtsführenden Stadtrates Weber wird die Gesetzesvorlage über die Krankenversicherung der landwirtschaftlichen Arbeiter in beiden Lesungen ohne Debatte genehmigt.

G.R. Thaller (soz. dem.) beantragt namens des Immunitätskollegiums die Auslieferung des Gemeinderates Dr. Plaschkes. Der Antrag wird vom Referenten damit begründet, dass Gemeinderat Plaschkes einem Privaten Dokumentenfälschung vorgeworfen habe, dass diese Angelegenheit weder mit dem Mandat noch mit politischen Erwägungen zusammenhängt und daher rein privater Natur ist.

Der Landtag genehmigt ohne Debatte die Auslieferung.

G.R. Thaller (soz. dem.) berichtet ferner über ein Auslieferungsbegehren gegen den Gemeinderat Professor Fränkel (soz. dem.), der anlässlich einer Auseinandersetzung über den Preis einer Brille dem Optiker offenen Betrug vorgeworfen hat. Das Immunitätskollegium steht auch in diesem Falle auf dem Standpunkt, dass es sich um eine private Angelegenheit handelt und beantragt die Auslieferung.

Auch dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.

G.R. Schmid (soz. dem.) berichtet über das Auslieferungsbegehren des Landesgerichtes gegen den Gemeinderat Kurz (soz. dem.). Er führt aus: Es war im November 1923, in einer Zeit, die Ihnen vielleicht unter dem Namen der Birneckerzeit in Erinnerung ist. Damals haben es die Organisationen der Frontkämpfer und der Nationalsozialisten, der Hakenkreuzler, für gut befunden, in die Bezirke hinauszugehen, während sie früher ihre Versammlungen in der Inneren Stadt abgehalten haben. Die Arbeiterschaft der Bezirke war deshalb sehr erregt und die Versammlungen, die dort abgehalten wurden, haben selbstverständlich nichts zur Beruhigung der Arbeiterschaft beigetragen. Eines Tages ging nach einer solchen Versammlung Gemeinderat Kurz in einer Gasse seines Bezirkes und traf dort zwei jugendliche Angehörige der Organisation der Frontkämpfer. Er fühlte sich durch das zur Schau getragene Abzeichen provoziert. Er hatte die Leute zur Rede gestellt, dabei sind Schimpfworte gefallen und es hat sich ein Kaufhandel entwickelt. Aus der Augenaussage geht klar hervor, dass dieser Kaufhandel einen politischen Hintergrund hatte, weshalb das Immunitätskollegium in seiner Mehrheit beschlossen hat, das Auslieferungsbegehren abzulehnen. Ich bitte Sie, diesen Beschluss zuzustimmen.

G.R. Doppler (chr. soz.) Der Vorfall um den es sich hier handelt, gehört in das traurige Kapitel der Verwilderung des politischen Lebens, das erst vor wenigen politischen Lebens. Am einem Sonntag gingen zwei junge Menschen durch eine Gasse des Bezirkes Hietzing. Gemeinderat Kurz ging auf sie zu und versuchte ihnen das Frontkämpferabzeichen zu entreißen. Die beiden Leute waren auf dem Heimweg und sind vorher in keiner Versammlung gewesen. Es kann sich also keineswegs um eine politische Angelegenheit handeln. Liegen die Dinge nicht so, wie ich sie geschildert habe, dann müsste erst recht Herr Kurz und seine Partei allen Wert darauf legen, dass die Sache klar gestellt wird. Liegen die Dinge aber so, wie ich sie geschildert habe, und wie es aus dem Akt hervorgeht, dann kann man sagen, es ist eine zwingende Notwendigkeit, dass diesem Verfahren unter gar keinen Umständen in die Arme gefallen, sondern dass die Sache ausgetragen wird. Es kann nie und nimmer zugegeben werden, dass solche Handlungen unter dem Schutz der Immunität exkulpiert werden. Sie selbst müssen das grösste Interesse daran haben, dass die Angelegenheit ordnungsgemäss, entsprechend dem Antrag des Gerichtes ausgetragen wird. Wir können unter keinen Umständen Ihrem Antrag, die Auslieferung zu verweigern, zustimmen und beantragen vielmehr, der gerichtlichen Verfolgung zuzustimmen.

G.R. Schmid: In einem fühlen wir uns gewiss alle einig, und auch das Immunitätskollegium hat dem einstimmig Ausdruck gegeben, dass es unserer Würde und unserem Ansehen nicht entspricht, Gegensätze in den politischen Anschauungen mit Mitteln der Gewalt auszutragen. Insbesondere Mandatare dürfen sich nicht so weit hinreissen lassen. Darin sind wir alle einer Meinung. Aber in diesem konkreten Fall habe ich die Atmosphäre geschildert, in der sich die Dinge abgespielt haben. Darum kann wie ich glaube, das Haus unbeschadet anderer Erwägungen den Mehrheitsbeschluss des Immunitätskollegiums beitreten. Wenn ich noch dazu mitteile, dass die Formen der Auseinandersetzung bereits so weit geführt, haben, dass nunmehr in dem Falle der heute vormittag in den Blättern zu lesen war, der sozialdemokratische Gemeinderat Müller von Mödling sein Leben lassen musste, so werden Sie erkennen, wie diese Militanten-Organisationen dem Wesen unserer Verfassung und unserem eigenen Wesen fremd sind. (Beifall bei der Mehrheit).

Der Antrag des Referenten wird nun mit den Stimmen der Mehrheit angenommen und Präsident Dr. Danneberg schliesst um viertel sechs Uhr die Sitzung.